

Magdalena Heider	89
„Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“	
Lothar Dralle	96
„Funktion und Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorgängerorganisationen“	
Diskussion	105

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen. „Sie alle“ heißt zunächst: die Zeitzeugen, die zu uns gefunden haben. Das sind u. a. Frau Dr. Erika Wolf, Herr Dieter Rieke, Herr Wolfgang Schollwer. Sie wurden von den Fraktionen benannt. Außerdem sehe ich unter uns Bundesminister a.D. Hans Katzer, den ich herzlich begrüßen möchte. Dasselbe gilt für die Herren Roland Bude, Gerold Rummler und Heinz Putzrath.

Ihnen allen liegt der Ablaufplan für den heutigen Tag vor. Daraus ist zu erkennen, daß wir einige Sachverständige um Referate gebeten haben, mit denen sie uns in das Thema „Die Veränderung des Parteiensystems in der DDR von 1945 bis 1950“ einführen sollen.

Wir wollen dann an zwei Stellen miteinander ins Gespräch kommen und Fragen an die Referierenden stellen. In diesem Zusammenhang sollen dann die Zeitzeugen – punktweise zumindest – die Möglichkeit haben, aus ihren Biographien zu berichten, denn das gehört unserer Meinung nach einfach mit dazu. Wir wollen hier ja kein wissenschaftliches Kolloquium durchführen, sondern es soll ein Stück von dem deutlich werden, was das Leben der Menschen in der DDR zwischen 1945 und 1990 – heute geht es aber nur um die Zeit von 1945 bis 1950 – ausgemacht hat.

Herzlich möchte ich auch diejenigen begrüßen, die ich bisher – namentlich zumindest – noch nicht begrüßt habe. Dabei handelt es sich um Zuhörer, die ganz einfach sagen: Das ist ein interessantes Thema. Deswegen bin ich auch hier.

Mit besonderer Freude begrüße ich auch die Vertreter der hochlöblichen Presse. Stellvertretend möchte ich hier Herrn Dr. Stock begrüßen, weil ich davon ausgehe, daß er über diese Anhörung auch berichten wird, so daß die Öffentlichkeit ein Stück davon mitbekommt, daß es eine Enquete-Kommission gibt, die arbeitet und sich nicht nur über die Stasi Gedanken macht.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ wird sich in den nächsten Monaten vorrangig mit dem Themenkreis „Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat“ befassen. Dabei wird es um die Frage der Verantwortung gehen. Der Schwerpunkt in diesem Themenkreis wird nicht auf historischem Gebiet

liegen. Jedoch ist die Darstellung einiger historischer Grundvoraussetzungen der SBZ/DDR unerlässlich.

Mit ihrer heutigen öffentlichen Anhörung unternimmt die Enquete-Kommission den Versuch, die Hintergründe eines wesentlichen Teils der DDR-Geschichte auszuleuchten, nämlich die Veränderung des Parteiensystems in den Jahren von 1945 bis 1950. Diesem Thema sind auch mehrere von der Kommission in Auftrag gegebene Expertisen gewidmet. Die Anhörung verfolgt den Zweck, bisher vorliegende Ergebnisse der Forschung der Kommission und der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zugleich die Bezüge zur Lebenspraxis in der damaligen Zeit deutlich werden zu lassen. Gegenstand der heutigen Veranstaltung wird die Entstehung des sogenannten sozialistischen Mehrparteiensystems in den Jahren von 1945 bis 1950 sein. Dabei spielen selbstverständlich die entsprechenden Konzeptionen der KPD gegen Kriegsende, die Wandlung der SED zur kommunistischen Kader- und Massenpartei – insbesondere durch die Ausschaltung sozialdemokratischer Einflüsse – und nicht zuletzt der sowjetische Einfluß auf die Parteien in der SBZ eine wichtige Rolle.

Da die KPD/SED die Massenorganisationen zielstrebig zur Durchsetzung ihres Hegemonieanspruches und zur Gleichschaltung der nichtkommunistischen Parteien eingesetzt hat, wird hier auch von einigen der Massenorganisationen in der SBZ/DDR die Rede sein müssen.

Schließlich werden wir Informationen darüber erhalten, inwieweit das Archivgut der Parteien aufgearbeitet ist, in welchem Umfang es schon jetzt für Forschung zur Verfügung steht und welche Forschungen zum Thema der heutigen Anhörung von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung betrieben werden.

Die heutige Anhörung wird die Veränderung des Parteiensystems in den ersten Nachkriegsjahren in Ostdeutschland und ihre Hintergründe sicher nicht voll aufklären können. Ein wichtiges Ergebnis wird sein, daß der heutige Kenntnisstand zu unserem Thema deutlich wird, daß erkennbar wird, wo Lücken sind, wo für die Forschung neue Schwerpunkte gesetzt werden müssen und wo und in welchem Ausmaß neue Quellen zur Verfügung stehen.

Sie merken, die eigentliche Arbeit der Enquete-Kommission hat eben erst begonnen. Wir hoffen, heute neue Erkenntnisse über die Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland und über die Verantwortlichkeiten für die Errichtung der SED-Diktatur zu erhalten – aber auch über Versuche, den Lauf dieser Diktatur aufzuhalten.

Nicht zuletzt erhoffen wir uns Informationen als Grundlage für Fragen an Zeitzeugen und an schriftliche Quellen, die wir jetzt stellen müssen. Wir hoffen, daß wir da endlich mit brauchbaren Antworten rechnen können.

Lassen Sie mich nach dieser offiziellen Begrüßung und Einführung noch ein

ganz persönliches Wort sprechen. Ich glaube, daß sich diejenigen, die nicht zur Enquete-Kommission gehören, das noch ganz gut mit anhören können. Wir begrüßen einen unter uns besonders herzlich, nämlich Dr. Faulenbach. Wir sind froh darüber, daß er wieder da ist. (Beifall)

Wir steigen nun in die erste Reihe von Referaten ein. Es werden jetzt also drei Referate hintereinander folgen. Danach werden wir eine erste Diskussionrunde durchführen. Das erste Referat wird Professor Dr. Manfred Wilke aus Berlin zum Thema „Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn ihrer Umsetzung“ halten. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der „Aufruf des Zentralkomitees der KPD“ vom 11. Juni 1945 verneinte ausdrücklich die Absicht der Partei, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Die KPD forderte eine antifaschistische parlamentarisch-demokratische Republik. Die SMAD ließ am 10. Juni mit dem berühmten „Befehl Nr. 2“ vier antifaschistisch-demokratische Parteien zu. Am 14. Juli bereits wurde der von der KPD geforderte Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien – das waren die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Christdemokraten und die KPD – gegründet. Ich halte es für wichtig, daß wir uns noch einmal diese allgemein bekannte Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen.

Die Blockpolitik der KPD 1945 lag auf der Linie der antifaschistischen Einheitsfront-Politik, die für alle kommunistischen Parteien nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler im Jahre 1941 galt. In ganz Europa traten die kommunistischen Parteien als Organisatoren des nationalen Widerstandes gegen die deutsche Okkupationspolitik auf. Das Programm der sozialistischen Revolution trat zugunsten des Kampfes für eine antifaschistische Demokratie in den Hintergrund.

Als 1943 in Moskau die „Kommunistische Internationale“ aufgelöst wurde – und damit die kommunistischen Parteien formal unabhängige nationale Parteien wurden, was sie ja vorher nicht waren; davor waren sie Sektionen einer Weltpartei –, rechtfertigte Stalin diesen Schritt mit den Erfordernissen der antifaschistischen Bündnispolitik im Krieg.

Wenn man die KPD-Programme und Deklarationen nach 1945 liest, dann halte ich es auch für geboten, uns diese Sprachregelung des „großen Generalissimus“ aus dem Jahre 1943 ins Gedächtnis zurückzurufen:

„Die Auflösung der 'Kommunistischen Internationale' ist richtig, denn a) sie entlarvt die Lügen der Hitler-Leute, daß 'Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu 'bolschewisieren'. Dieser Lüge ist nunmehr ein Ende gemacht worden.

b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen